

Schwarzarbeit: Koalition prüft Chipkarten für Arbeitnehmer

Berliner Pilotprojekt gilt als Vorbild - Neuer Ausweis soll Kontrolle erleichtern

Von Karsten Hintzmann

Berlin - Die neue Bundesregierung will massiv gegen Schwarzarbeit vorgehen und setzt in diesem Kampf auf eine Vorreiterrolle Berlins. Das geht aus dem Koalitionsvertrag hervor. Auf Seite 31 heißt es: "Da vermutet wird, daß Schwarzarbeit besonders häufig auf Baustellen, im Taxigewerbe und in der Gastronomie auftritt, wird die Bundesregierung die Ergebnisse des geplanten Pilotprojektes der Region Berlin-Brandenburg, bei dem die Arbeitnehmer verpflichtet werden, Chipkarten sichtbar zu tragen, die sie als regulär Beschäftigte ausweisen, prüfen und die Chipkarten gegebenenfalls bundesweit einführen."

Angesichts des großen Interesses des Bundes an dem Projekt wollen die Initiatoren, SPD-Fraktionschef Michael Müller und SPD-Bauexperte **Ralf Hillenberg**, eine möglichst schnelle Einführung der Karten. In einem Arbeitspapier, das dem designierten Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) zugeleitet wurde, haben sie konkrete Vorstellungen entwickelt. **Hillenberg**: "Wir empfehlen, daß drei verschiedene Arten von Chipkarten zum Einsatz kommen: Karten für sozialpflichtige Arbeitnehmer, für Selbständige beziehungsweise Arbeitgeber, sowie Karten für Hartz-IV-Empfänger und 400-Euro-Jobs."

Bei Kontrollen sollen die Chipkarten Informationen darüber liefern, ob der Besitzer der Karte arbeitslos gemeldet ist und ob Sozialbeiträge ordnungsgemäß abgeführt wurden. Auf den Chipkarten für Arbeitgeber und Selbständige soll zudem erfaßt sein, ob eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts vorliegt.

Die voraussichtlichen Kosten beziffert **Hillenberg** auf rund 2,5 Millionen Euro. Das Geld könnte aus einem Topf des bisherigen Bundeswirtschaftsministers Wolfgang Clement (SPD) kommen. Clement hatte für ein Chipkarten-Pilotprojekt in Mainz bereits fünf Millionen Euro bewilligt. Die Mittel wurden jedoch nicht abgerufen, weil das Vorhaben aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl nicht mehr realisiert wurde.